



d. d.

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/164 - 19. Juli 1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-57
Fernschreiber 039890

Hinweise
auf den Inhalt:

Folgen der Westverträge	S. 1
Französisch-amerikanische Kontroverse -Bericht aus Paris-	S. 3
Spanienzwischenfall im Bundestag	S. 5

Erste Folgen.

P.R. Kein Zweifel ist möglich -die Situation der deutschen Bevölkerung in der Sowjetzone hat sich seit der Unterzeichnung des Generalvertrages und des EVG-Vertrages rapide verschlechtert. Täglich erreichen uns Berichte und private Nachrichten, die dies bestätigen. Die Tonart der Briefe von Freunden ist anders geworden * Verzagtheit trat vielfach an die Stelle von Freimut und Optimismus, selbst die versteckte Ironie ist seltener geworden und durch jede der vorsichtigen Zeilen geistern Misstrauen und Furcht. Bolschewisierung, Wiederaufrüstung -soweit sie schon gediehen sein mochten- sind in der kurzen Zeit ein mächtiges Stück vorwärts getrieben worden. Der Eiserner Vorhang, unter dem solange noch mancher hindurchschlüpfen konnte, scheint geradezu in die Erde gerammt.

Das alles ist eingetreten in einer Zeit, in der die äussersten Anstrengungen hätten gemacht werden müssen, jede sich nur von ferne bietende Chance für ein Gespräch zwischen den drei Mächten des Westens und der Sowjetunion zu nützen. Sie bestand, seitdem der gegenwärtige Notenwechsel zwischen den feindseligen Verbündeten von gestern über die Möglichkeit einer endgültigen Viermächtevereinbarung über Deutschland in Gang gekommen war. Sie besteht auch heute noch, wenn auch nur unter sehr

viel schlechteren Voraussetzungen, denn inzwischen hatte der Westen offenbar beschlossen, sie "dilatatorisch", also hinhaltend zu behandeln und nur unter vielen Voraussetzungen das Gespräch fortzusetzen, von denen einige Forderungen betrafen, die vernünftigerweise erst auf der Konferenz selbst zu behandeln wären.

Gewiss lag dieser Methode auch ein vernünftiger Gedanke zugrunde. Es musste nach den Erfahrungen der ganzen letzten Jahre, ob man sie nun in Deutschland, in der UNO, in Korea oder sonstwo gesammelt hatte, widersinnig erscheinen, den Sowjets sozusagen mit offenem Herzen und ausgestreckten Händen entgegenzutreten. Niemand hat etwas derartiges erwartet oder gar verlangt. Was sich allerdings in den hitzigen deutschen Diskussionen zu diesem Gegenstand immer klarer als Kernstück der Überlegungen weitester Bevölkerungsschichten herauschälte, war die Forderung nichts zu unternehmen, was die Wiedervereinigung Deutschlands erschweren könnte. Die Unterzeichnung der Westverträge hatte aber diese Wirkung, das wird jeder zugeben müssen, und diese Wirkung wurde auch nicht durch die nachdrücklichsten Bekräftigungen des Kanzlers aufgehoben, dass die Arbeit an der Wiedervereinigung ganz Deutschlands von der Regierung als eine Art vordringlichen Dauerauftrags aufgefasst werde.

Die Entwicklung in der Sowjetzone hat also in den vergangenen Wochen, in stürmischerem Tempo noch, als man es befürchtete, einen deprimierenden, verhängnisvollen Lauf genommen. Die ersten Folgen der Politik, vor der die Sozialdemokratie immer wieder gewarnt hatte, sind eingetreten: Vertiefung des Trennungsgrabens, der mit immer weiteren Fallgruben und Verhauen befestigt wird, Verhärtung statt Entspannung, Wettrüsten statt Mobilisierung der letzten Reserven an politischer Klugheit.

Dass dieses Wettrüsten, dieses Denken in immer ausschliesslicher militärischen Vorstellungen eben diese politische Klugheit schelchthin sei - das ist der verhängnisvolle Irrtum in der gegenwärtigen Weltlage der in vielen früheren ähnlichen, spannungsgeladenen Situationen der internationalen Politik zur Explosion führte. Das braucht gewiss nicht immer und unter allen Umständen der Fall zu sein. Aber die geschichtliche Erfahrung zeigt, dass unter solchen Umständen das Risiko des Krieges zum mindesten nicht geringer wird - wohl aber die Chance, den Frieden zu erhalten. Jedenfalls spürt man täglich deutlicher, wie aus der politischen Spaltung Gesamtdeutschlands in zwei Zonengebiete zwei gegen einander gerüstete Militärlager werden und es erscheint einfach unverständlich, darin einen Anlass zur Beruhigung und einen Erfolg der Politik zu sehen, die zu diesem Ergebnis geführt hat.

Französisch-amerikanische Nordafrika-Rivalität.

H.A. - Paris

Am 15. Juli wurde vor der höchsten internationalen Instanz, dem Haager Gericht, ein Prozess eröffnet, in dem sich die Vertreter Frankreichs und der USA als gegnerische Parteien gegenüberstehen. Den Anstoß zu diesem, in das Jahr 1948 zurückreichenden Rechtsstreit, bildeten Beschwerden der in Marokko ansässigen amerikanischen Händler gegen die Einfuhrbeschränkungen aus den USA. Die amerikanischen Importeure, deren Geschäfte sich in den ersten Nachkriegsjahren gewaltig ausgedehnt hatten, setzten zunächst mit Hilfe republikanischer Politiker die Washingtoner Instanzen in Bewegung. Sie hatten dabei Erfolg: im November 1950 bestimmte der Senat, dass ein Land, welches in einem von ihm abhängigen Territorium ein mit den USA unterzeichnetes Gesetz nicht anerkennt, mit der Unterbrechung der amerikanischen Hilfe rechnen müsse. Das war direkt auf den marokkanischen Streitfall gemünzt. Die amerikanischen Importeure beriefen sich auf alte internationale Verträge, wie die Algeciras-Akte von 1906 und gar ein Abkommen, das 1836 zwischen den USA und dem Sultan von Marokko abgeschlossen wurde.

Frankreich als Protektormacht hat nun, um dem amerikanischen Druck ein für allemal zu entgehen, die Differenz vor das internationale Gremium gebracht. Die französischen Vertreter behaupten, dass die Amerikaner die genannten Verträge subjektiv auslegen und dass diese Verträge im Übrigen überholt seien. Sie ihrerseits berufen sich hauptsächlich auf den deutsch-französischen Vertrag von 1911, der Frankreich in Marokko privilegierte Rechte zuerkennt. Der Haken ist allerdings, dass Amerika diesem Abkommen nicht beigetreten ist. Wie es scheint, haben die USA in den diversen Schriftstücken, die dem Prozess vorausgingen, offen die rechtliche Begründung der französischen Protektoratsbefugnisse angegriffen und sich darüber hinaus zu Verteidigern der marokkanischen gegenüber den französischen Interessen aufgeworfen. Die im Protektorat ansässige amerikanische Kolonie, die in kurzer Zeit von 5.000 auf 20.000 anstieg, arbeitet mit dem kleinen marokkanischen Kapital Hand in Hand, das ein Stosstrupp des Nationalismus ist.

Die von den beiden Parteien angezogenen Gesetze sind unklar genug, um lange Plädoyers und verschiedene Auslegungen zuzulassen. Man muss aber in diesem juristischen Dickicht die grundlegenden politischen

und wirtschaftlichen Faktoren sehen: die Krise der französischen Kolonialherrschaft und die mächtige Wirtschafts-Expansion der USA, die überall in die berstenden Fugen der alten Imperien eindringen. Offenbar um diesen Eindruck abzuschwächen, hat Acheson kürzlich in Paris sein Verständnis für die französische Kolonialpolitik ausgedrückt und in der tunesischen Frage treten die USA an der Seite Frankreichs auf. Der Haager Prozess zeigt jedoch, dass diese taktischen Zugeständnisse keineswegs eine endgültige Linie der amerikanischen Politik in Nordafrika bilden. Die Möglichkeiten eines wachsenden republikanischen Einflusses erhöht die Pariser Sorgen, denn in diesem Fall müsste sich die Macht des amerikanischen Exportkapitals noch stärker auswirken. Und das würde im Zusammenhang mit einer amerikanischen Strategie, deren Schwerpunkt ausserhalb Europas, in Asien und Afrika liegt, die französischen Positionen einem vermehrten Druck aussetzen. Die sieben Flugzeugbasen, die Amerika in Marokko unterhält, sprechen bereits eine deutliche Sprache.

+ + +

Dr. Adenauer - der Ehrenbürger.

Auf dem Fest der Rosen in Baden-Baden wurde Bundeskanzler Dr. Adenauer das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen. Diese Huldigung galt aber nicht dem blumenfrohen Besitzer des Rosengartens in Raßdorf, sondern wurde mit der Ansprache des CDU-Oberbürgermeisters von Baden-Baden zu einer Verherrlichung der Aussenpolitik des Bundeskanzlers und zu einer überschwänglichen Beteuerung des "Glaubens an seine Sendung", die vollenden möge, was der "Souveränität eines genialen Geistes vorschwebt".

Es ist Geschmacksache, ob man ein Fest der Rosen, das mit Politik doch wohl nichts zu tun hat, solch durchsichtigen Zwecken dienstbar macht. Die SPD-Stadträte hatten gut daran getan, an der Feier nicht teilzunehmen; was einigen auswärtigen Zeitungen Anlass zu entsprechenden Kommentaren gab. Eine in christlichen Kreisen weit verbreitete Wochenzeitung schrieb von "Unduldsamkeit" und: hiermit sei bewiesen, dass die SPD aus lauter Opposition zu einer "totalen Weltanschauungspartei" geworden ist. Worauf hunderttausend Rosen in Baden-Baden ob solchen Unsinn schamhaft erröteten.

Schon als die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Bundeskanzler im Stadtrat erörtert wurde, enthielt sich die SPD-Fraktion der Stimme. Sie meint: das Ehrenbürgerrecht einer Gemeinde soll nur an solche Persönlichkeiten verliehen werden, die sich besondere Verdienste um die Stadt erworben haben. Das ist hier nicht der Fall. Die Mode aber, das Ehrenbürgerrecht an noch aktive politische Persönlichkeiten zu verleihen, ist eine Weiterführung von Methoden, die erst mit dem Dritten Reich aufgekommen sind. Der Ehrenbürger Dr. Adenauer wurde auf diese Weise in Baden-Baden der Nachfolger des Ehrenbürgers Adolf Hitler. Und das dürfte vielleicht ihm selber nicht einmal sonderlich erwünscht sein.

Rr.

+ + +

Bezeichnende Parallels.

Am Freitag spät abends hat es im Bundeshaus ein kleines Spanien-Zwischenspiel gegeben. Es ging in der Öffentlichkeit fast unter, weil es für Zeitungen und Rundfunk zu spät kam und beide für Ereignisse des vorangegangenen Tages eine abgrundtiefe Verachtung haben.

Man muss deshalb den Sachverhalt kurz wiederholen. Es ging um die Frage des Austausches von Gastarbeitern zwischen Westdeutschland und Spanien. Der Berliner Abgeordnete Brandt, Mitglied der SPD-Fraktion wollte von diesem Austausch nichts wissen. Wer könne denn sagen, unter welchem Gesichtspunkt die spanischen Arbeiter ausgewählt würden, an einem Import von Falangisten hab man kein Interesse. Für die deutschen Arbeiter aber gebe es im Franco-Spanien keine absolute Bewegungsfreiheit und keine vor Übergriffen geschützte Sicherheit. Er erinnerte an die Unterdrückung des protestantischen Teiles der spanischen Bevölkerung und an die Vorfälle von Barcelona, wo tausende von Arbeitern durch die Polizei zusammengeschlagen wurden.

Das rief die Gegenseite auf den Plan. Der CDU-Abgeordnete Sabel und nach ihm der Arbeitsminister Storch griffen zugunsten des Austausches und Franco-Spaniens ein. Brandt erwiderte. Zum Schluss aber bestieg der CDU-Abgeordnete Muckermann das Podium, um zu sprechen, und das hätte er nicht tun sollen. Muckermann ist überzeugter Katholik, er gehört zu den Mitbegründern des Zentrums, trat später zur CDU über. Er wollte offenbar besonders witzig sein und so fragte er denn seinen Kollegen Brandt spitz, ob er denn auch Furcht habe, als offenbar guter Protestant aus seinem Berlin in das katholische Rheinland zu fahren.

Wie man sich denken kann, war man in der CDU von dieser ansprechenden Parallele zwischen dem Regime Franco und dem Regime Adenauer alles andere als beglückt. Es gab einen hübschen kleinen Hauskrach, wenn es auch nicht soweit kam, dass Muckermann einen Bodensteiner-Revers unterschreiben musste. Immerhin - es war ein aufschlussreicher Lapsus. Schliesslich muss ein aktiver und bewusster Katholik wie der Abgeordnete Muckermann wissen, wie er auf die ihm offenbar naheliegende Idee kam, Westdeutschland mit Franco-Spanien in diesen Zusammenhang zu bringen.

-u.

Verantwortlich: Peter Raunau